



**Antworten der  
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)  
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)  
auf die Fragen des  
Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte**

**1. Bundestariftreuegesetz: Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass es auch im Bereich der Weiterbildung ein Bundestariftreuegesetz gibt, d. h., dass nur noch Träger mit Tarifverträgen entspr. TVöD Mittel aus der öffentlichen Hand bekommen?**

**2. Setzt sich Ihre Partei für eine Eingruppierung entspr. TVöD 12 und 13 für Lehrkräfte im Bereich Deutsch als Fremdsprache ein, sodass der Wettbewerb der Träger über Qualität erfolgt und nicht über den Preis?**

Die Fragen 1 und 2 werden im Zusammenhang beantwortet:

**Antwort:**

Die Sozialpartnerschaft, die Tarifautonomie und die Mitbestimmung haben wesentlich dazu beigetragen, dass Deutschland eine weltweit führende Industrienation wurde. CDU und CSU vertrauen auch in Zukunft auf die Sozialpartnerschaft. Wir wollen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf eine verlässliche Mitbestimmung setzen können und möglichst viele Beschäftigte durch Betriebs- und Personalräte vertreten werden. Hier sind jedoch zuallererst die Tarifpartner in der Pflicht. Ihre Aufgabe ist es, für gute Löhne und Arbeitsbedingungen zu sorgen und tragfähige Lösungen für den Wandel der Arbeitswelt zu finden.

CDU und CSU werden den Tarifpartnern möglichst großen Spielraum in der Gestaltung von Arbeitsregelungen lassen. Regelungen auf tariflicher, betrieblicher und vertraglicher Ebene werden den differenzierten Bedürfnissen eher gerecht. Wir werden die Tarifpartner dabei flankierend unterstützen und dort, wo es nötig ist, auch gesetzgeberisch eingreifen. Die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen leistet einen wichtigen Beitrag zur Erhöhung der Tarifgeltung in Branchen mit geringer Tarifbindung. CDU und CSU werden dieses Instrument stärken.

**3. Setzt sich Ihre Partei für deutlich längerfristige Finanzierungsstrukturen für die Träger ein, sodass unbefristete Festanstellungen der Lehrenden für Regelaufgaben möglich sind?**

**4. Setzt sich Ihre Partei dafür ein, dass max. 25 UE (Unterrichtseinheiten zu 45 min) pro Woche einer Vollzeitstelle entsprechen?**

**5. Unterstützt Ihre Partei die von GEW und Bündnis DaF/DaZ-Lehrkräfte aufgestellte Forderung von 64,- € Honorar/UE bei allen bundesweiten Berufssprach- u. Integrationskursen für nicht festangestellte Lehrkräfte und ein Honorar von 42,- € für alle übrigen staatlich verantworteten Weiterbildungsangebote?**

Die Fragen 3, 4 und 5 werden im Zusammenhang beantwortet:

**Antwort:**

Die unionsgeführte Bundesregierung erhöhte 2020 den Kostenerstattungssatz für die Durchführung der Integrations- und Berufssprachkurse, um eine angemessene Vergütung von freiberuflichen Lehrkräften dauerhaft zu gewährleisten. Die Honoraruntergrenze steigt dazu auf 41 Euro pro Unterrichtseinheit und der Kostenerstattungssatz wird auf bis zu 4,90 Euro pro Teilnehmenden und Unterrichtseinheit angehoben. CDU und CSU planen aktuell keine weitere Erhöhung des Kostenerstattungssatzes. Gleichwohl werden wir die Angemessenheit der Vergütung regelmäßig prüfen.

**6. Unterstützt Ihre Partei die Forderung, dass Träger durch entspr. Kursfinanzierung befähigt werden, Weiterbildung der Lehrenden und kollegialen Austausch zu finanzieren?**

**7. Setzt sich Ihre Partei für eine Innovations-Anschubfinanzierung für nachhaltige digitale Ergänzung der Lehre im Bereich der Weiterbildung ein?**

Die Fragen 6 und 7 werden im Zusammenhang beantwortet:

**Antwort:**

Studien belegen eine überdurchschnittlich hohe Weiterbildungsbeteiligung des Weiterbildungspersonals. Zurückgeführt wird dies zum einen auf das Qualifikationsniveau des Weiterbildungspersonals, zum anderen wird eine positive Einstellung zu lebenslangem Lernen vermutet. Laut dem Monitor Digitale Bildung griffen die Lehrenden auf Möglichkeiten des Selbststudiums oder den Austausch mit Kolleginnen oder Kollegen zurück und nutzten institutionalisierte Angebote externer Anbieter/-innen oder der Arbeitgeber/-innen nur in verhältnismäßig geringerem Umfang. Daher dürften Blended-Learning-Angebote mit Selbst- und Gruppenlernphasen besonders zielgruppengerecht sein. CDU und CSU wollen prüfen, ob ggf. das Chancenqualifizierungsgesetz ein geeignetes Finanzierungsinstrument sein kann.

**8. Setzt sich Ihre Partei für eine Durchführung einer Integrationskonferenz Weiterbildung mit den zuständigen Ministerien, der Wissenschaft, Vertretern der Träger, der Verbände und der Beschäftigten ein? Ziel: Zukunftspakt Weiterbildung 2022-30.**

**Antwort:**

Im Rahmen der Nationalen Weiterbildungsstrategie wurde eine Arbeitsgruppe zum Thema „Beschäftigungsbedingungen des Weiterbildungspersonals in der öffentlich finanzierten Weiterbildung“ eingerichtet. Zudem wurde ein Bund-Länder-Ausschuss ins Leben gerufen. Übergreifendes Ziel dieses Ausschusses ist es, einen besseren Transfer- und Erfahrungsaustausch zu ermöglichen und die öffentliche Förderung der beruflichen Weiterbildung aufeinander abzustimmen. CDU und CSU wollen die Ergebnisse dieser Gremien abwarten, bevor neue Konferenzen ins Leben gerufen werden.